



Schlusserklärung zum Haushalt 2013

**Klaus Wendroth, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion,
im Rat am 19. Februar 2013**

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Am 5. Oktober des letzten Jahres hat uns Finanzdezernent Ulrich Stegemann den Verwaltungsentwurf des heute zu beschließenden Haushaltes vorgelegt. Ein Haushaltsentwurf, der das zwölfte Jahr in Folge mit einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik, basierend auf Fakten und nicht auf Mutmaßungen oder politischen Tricks, die Handschrift der Braunschweiger CDU-Ratsfraktion getragen hat.

Schon der Entwurf sieht vor, dass bei einem Gesamtvolumen von insgesamt rund 680 Millionen Euro zahlreiche wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Stadt getätigt werden, aber genauso die laufenden Ausgaben gedeckt sind und vor allem auch der Schuldenabbau weitergeht.

Den Schuldenberg, den uns SPD und Grüne bei der Übernahme der Amtsgeschäfte durch Oberbürgermeister Dr. Hoffmann hinterlassen hatten, konnten wir in den letzten Jahren von etwa 470 Millionen Euro im Jahr 2001 kontinuierlich abbauen und wir werden am 31. Dezember 2013 endlich weniger als 100 Millionen Euro Schulden haben. Wo SPD und Grüne 7,5 Millionen Euro an Rücklagen hinterlassen hatten, stehen nun 128,5 Millionen Euro liquide Mittel zur Verfügung. Braunschweig ist damit faktisch schuldenfrei!

Im Haushaltsentwurf prognostiziert die Verwaltung sogar, dass die städtischen Schulden bis zum 31. Dezember 2016 auf 71,2 Millionen Euro gesunken sein werden. Dies ist ein großer Erfolg unserer soliden Haushaltspolitik der letzten Jahre, denn mit diesem kontinuierlichen Schuldenabbau im Interesse der nachfolgenden Generationen steht Braunschweig im Vergleich mit anderen Kommunen in Deutschland ziemlich alleine da.

Unserem Ziel, die städtischen Schulden auf null Euro zu führen, kommen wir damit jedes Jahr einen weiteren Schritt näher. Das alles ist möglich geworden durch kluge Privatisierungen und ein konsequentes Sparen in den Jahren 2002 bis 2011.

Mancher wird sich fragen: „Was hat sich nun aber eigentlich durch den Schuldenabbau verbessert?“

Erlebbar wird unser Erfolg eindrucksvoll an den jährlichen Zinszahlungen: Während wir im Jahr 2001 noch fast 30 Millionen Euro an die Banken überwiesen haben, sind es letztes Jahr nur noch etwa fünf Millionen Euro gewesen.

Wir haben damit unseren finanziellen Spielraum zurückgewonnen. Einen Spielraum, den wir konsequent genutzt haben, um wichtige Investitionen zu tätigen:

- Wir haben, dass hat uns die Verwaltung in der Beantwortung unserer Anfrage zur Schulsanierung am Beginn dieser Ratssitzung gesagt, ein bisher nie dagewesenes Programm zum Abbau des von SPD und Grünen hinterlassenen Sanierungsstaus an unseren Schulen aufgelegt.

- Wir haben die Mittel für die von SPD und Grünen sträflich vernachlässigte Kinderbetreuung, sei es im Bereich der Kindergärten, bei der Schulkindbetreuung oder bei der Einrichtung von Krippenplätzen, von 23,1 Millionen Euro im Jahr 2003 auf 60,6 Millionen Euro in diesem Jahr mehr als verdoppelt. Bei einer Informationsveranstaltung im Rathaus ist Oberbürgermeister Dr. Hoffmann erst kürzlich dafür stellvertretend von allen Seiten gelobt worden.

- Und wir haben, um nur einige Beispiele zu nennen, mit dem Ausbau des Eintrachtstadions, dem Bau des Freizeit- und

Erlebnisbades und dem für die heimische Wirtschaft so wichtigen Ausbau unseres Forschungsflughafens wichtige Investitionen in die Infrastruktur unserer Stadt getätigt, damit Braunschweig seine Rolle als Oberzentrum in der Region, Motor der niedersächsischen Wirtschaft und Zentrum der forschungsintensivsten Region Europas festigen und ausbauen kann.

Dies alles sind Ausgaben, die wir ohne neue Schulden realisieren konnten und die zum Ende der Ratsmehrheit von SPD und Grünen im Jahr 2001 alleine schon aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel niemals möglich gewesen wären. Von den ideologischen Vorbehalten ganz zu schweigen.

Wo ich gerade beim Thema Ideologie bin: Nicht vergessen werden darf in der Aufzählung der für Braunschweig enorm wichtigen Entscheidungen natürlich das wiederaufgebaute Residenzschloss.

Allen Unkenrufen zum Trotz ist die restliche Innenstadt nach der Eröffnung der Schloss-Arkaden nicht ausgeblutet. Erst in der letzten Woche hat der Vorsitzende des Arbeitsausschusses Innenstadt, Volkmar von Carolath, bestätigt, dass es „keine tote Gegend“ in der Braunschweiger Innenstadt gibt. Die Stadt hat als Ganzes in den letzten Jahren enorm gewonnen und sich enorm weiterentwickelt als attraktive Einkaufsstadt, die in der Region und weit darüber hinaus beliebt ist.

Aber natürlich haben auch unsere städtischen Kultureinrichtungen im Schloss ein neues Zuhause gewonnen und egal ob Stadtbibliothek, Stadtarchiv oder Schlossmuseum: die Besucher- und Ausleihzahlen weisen auch im sechsten Jahr nach der Eröffnung weiter nach oben, die Einrichtungen werden seitdem kontinuierlich besser angenommen. Die Kulturverwaltung hat uns erst im Januar in einem Jahresrückblick für das Jahr 2012 mitgeteilt, dass in den vergangenen zwölf Monaten erstmals mehr als 500.000 Besucher die Stadtbibliothek nutzten und dabei fast 2 Millionen Medien ausgeliehen haben.

Und es lässt doch sehr tief blicken, wenn von einem Ratsmitglied unter vier Augen gesagt wird: „Eigentlich finde ich das Schloss ja auch ganz toll. Ich kaufe dort gerne ein und die kulturellen Einrichtungen der Stadt sind dort hervorragend aufgehoben. Aber wenn ich das in meiner Fraktion offen sage, bekomme ich Ärger!“

Es sollten nun alle endlich akzeptieren, dass die Entscheidung für den Wiederaufbau richtig und wichtig für die Entwicklung unserer Stadt war und Braunschweig damit seine alte Mitte wiedergefunden hat!

Die Debatten über die immer noch nicht ausgestandene Wirtschafts- und Finanzkrise haben zur Folge, dass sich alle

Augen auf die hochverschuldeten Länder in Europa richten: Griechenland, Portugal und Irland müssen zu recht ihre Sparauflagen einhalten, damit sie irgendwann wieder handlungsfähig werden. Aber so weit brauchen wir gar nicht schauen, denn ganz in unserer Nähe haben uns SPD und Grüne eindrucksvoll gezeigt, wie man innerhalb von zehn Jahren seit der Gründung der Region Hannover aus dem Nichts 100 Millionen Euro Schulden machen kann.

Sparanstrengungen sind dort von Seiten der Politik nicht zu erwarten.

Aber diese sind nötig, auch wenn sie schmerzhaft sind. Niemand sollte behaupten, dass wir die Einschnitte des Jahres 2002 leichten Herzens vollzogen haben oder es uns gar Spaß gemacht hat, die Haushaltskonsolidierung gegen erbittertste Widerstände auf den Weg zu bringen. Aber die Entwicklung der letzten Jahre hat uns eindrucksvoll bewiesen, wie wichtig, notwendig und vor allem richtig die Entscheidungen damals waren.

Eines möchte ich hier noch einmal klar und deutlich sagen: Wer Schulden macht, handelt niemals nachhaltig!

In den Haushaltsberatungen der letzten Monate mussten wir erleben, wie die „bunte Mehrheit“ aus SPD, BIBS, Grünen, Linken und Piraten durch eine bisher noch nicht dagewesene

Zahl an beschlossenen Anträge auch viele zusätzliche und jährlich wiederkehrende Kosten in den Haushalt gebracht hat.

Da wurden Zuschüsse auf Zuruf erhöht und teilweise stellte sich in den Fachausschüssen heraus, dass einige Fraktionen mehr Geld bereit stellen wollten, als der jeweilige Zuschussempfänger überhaupt beantragt hatte.

Und nachdem die Verwaltung vorgerechnet hatte, dass mit den zusätzlichen jährlichen Belastungen die Solidität des Haushalts in Gefahr ist und im Jahr 2015 bereits neue Schulden gemacht werden müssten, greift die SPD zu einem alten Trick: Gegen den sachkundigen Rat der Fachverwaltung soll nun seitens der Politik die Einnahmeerwartung bei der Gewerbesteuer hochgesetzt werden, damit der Haushalt nicht in die roten Zahlen rutscht.

Es zeigt sich damit wieder, warum rote Zahlen (SPD) für negative Haushalte stehen und schwarze Zahlen (CDU) für solide und ausgeglichene.

Diejenigen in meiner Fraktion, die schon länger dem Rat der Stadt Braunschweig angehören, haben sich in den Haushaltsberatungen in die Zeit vor 2001 zurückversetzt gefühlt. Und diesen Ausflug in die Geschichte kann ich Ihnen nicht ersparen: Als noch SPD und Grüne alleine den Haushalt

bestimmten, war Braunschweig total überschuldet und faktisch handlungsunfähig. Die Stadt befand sich in einem Dornröschenschlaf und war bei vielen Punkten, abgesehen vielleicht vom Schuldenmachen, Schlusslicht in Niedersachsen. Mit den Beschlüssen der heutigen bunten Mehrheit im Rat ist Braunschweig wieder auf dem Weg dorthin.

Ich habe es bereits einmal gesagt: Wer Schulden macht, handelt nicht nachhaltig. Wer Schulden macht, versündigt sich an den nachfolgenden Generationen. Besonders die jungen Leute in den Fraktionen des Rates, also Frau Stahl, Frau Pantazis, Frau Jonda, aber auch Herr Köster und Herr Merfort werden noch lange die Schulden abbezahlen müssen, die Sie ihnen heute hinterlassen. Wenn wir in der ersten Reihe hier schon lange nicht mehr in politischer Verantwortung oder sogar nicht mehr auf dieser Erde sind, müssen die eben genannten immer noch Zinsen bezahlen und können das Geld nicht sinnvoller einsetzen. Genau diese jungen Menschen sollten sich deshalb heute genau überlegen, ob sie diesem Haushalt zustimmen.

Der heutige Tag markiert eine Weggabelung: entweder weiterhin auf dem Weg der soliden und verlässlichen Finanzpolitik der letzten zwölf Jahre oder zurück auf den Weg in die Schuldenfalle!

Was will die bunte Mehrheit, wie sie sich selbst bezeichnet, denn nun eigentlich alles anders machen in diesem Haushalt? Da wird in Interviews davon gesprochen, die Verwaltung durch mehr Personal wieder handlungsfähig machen zu wollen. Da sagt der eine, es müsse endlich ein Sanierungsstau abgebaut werden. Und der andere ergänzt, nun müsste endlich die Zeit wieder zurückgedreht werden vor das Jahr 2002.

Ihnen allen kann ich erwidern:

- Noch nie ist in Braunschweig so viel in die Hochbauunterhaltung investiert worden wie in den letzten Jahren!
- Mit den bereits im Haushaltsplan vorgesehenen Maßnahmen gehen wir an die finanzielle wie personelle Leistungsfähigkeit der Stadt! Mehr ist einfach nicht möglich.
- Und mit dem Zurückdrehen wichtiger Entscheidungen schlagen Sie wieder den Weg in die Schuldenfalle ein!

Natürlich muss ich in diesem Zusammenhang auch die Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler erwähnen. Wobei es mir gar nicht so sehr um den Inhalt des Schreibens geht, den haben meine Kolleginnen und Kollegen bereits mehrfach angesprochen. Mein Anliegen ist der Umstand, wie unsouverän darauf von Seiten der bunten Mehrheit reagiert wurde, mit welcher überzogener Kritik SPD, BIBS, Grüne, Linke und Piraten dem Bund der Steuerzahler die Kompetenz absprechen wollten.

In der Öffentlichkeit kam es so an, als wenn der kleine Junge im Kaufmannsladen mit der Hand im Bollchenglas erwischt wurde und er nun dennoch versucht, alles zu leugnen.

Der Bund der Steuerzahler hat, genauso wie Finanzdezernent Ulrich Stegemann, an den richtigen Stellen den Finger in die Wunde gelegt. Jährlich wiederkehrende Maßnahmen, aufgebaut auf nicht nachzuvollziehenden Einnahmeerwartungen bringen den ausgeglichenen Haushalt ernsthaft in Gefahr. Einem solchen Haushalt können wir als CDU-Ratsfraktion nicht zustimmen!

Und noch etwas sehr Interessantes haben die Einlassungen, gerade von SPD und Grünen, auf die Kritik des Bundes der Steuerzahler gezeigt: Die von uns vor zwei Jahren beantragte vollständige Abschaffung der Kindergartenbeiträge wird nicht nur erneut als „Wahlkampfschlager“ oder „Wahlgeschenk“ diffamiert sondern SPD und Grüne offenbaren damit, dass sie gegen die Abschaffung sind! Die Braunschweiger Eltern sollten also aufpassen, ob die bunte Mehrheit demnächst nicht wieder zur Kasse bittet, dann aber für den Kindergartenbesuch.

Mit der Pauschalkritik am Bund der Steuerzahler können Sie sich aber nicht aus der Verantwortung stehlen. Mit einem bisher einmaligen Vorgang, nämlich dass eine Ratsfraktion mittels eines politischen Antrages die Einnahmeerwartung der

Gewerbesteuer erhöhen will, zeigen Sie doch offensichtlich, dass Ihnen die eigenen Anträge aus dem Ruder gelaufen sind! Frei nach dem Motto von Pippi Langstrumpf machen die Herren Pesidtschek und Herlitschke sich Ihre Welt, so wie Sie Ihnen gefällt. Aber eine solche Politik mit ungedeckten Schecks machen wir nicht mit. Diesen Weg müssen Sie alleine beschreiten.

Ehemalige Ratskollegen haben mich nach der Sitzung des Finanzausschusses, bei dem dieser Antrag eingebracht wurde, angerufen und gesagt: „So lief das früher bei Bräcklein und Zirbeck auch schon. Nachdem alle Ausgaben addiert waren und dort wieder ein dickes Minus stand, wurde einfach die Gewerbesteuer hochgesetzt.“ Niemand wird überraschen, dass der finanzpolitische Sprecher zu dieser Zeit Manfred Pesditschek hieß.

Immer wieder behaupten Sie gerne, dass die städtischen Finanzen unterfinanziert seien, zuletzt die SPD in ihrem Entwurf eines Programm- und Handlungsrahmens. Sie versuchen so Ihr Unvermögen zu kaschieren, einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen. Denn wir haben kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Schauen Sie sich doch die Haushalte überschuldeter europäischer Staaten an, wie die bereits erwähnten Griechenland, Portugal oder Irland. Oder schauen Sie einfach in das gar nicht so weit entfernte Hannover. Denn

dort macht eine Mehrheit aus SPD und Grünen eindrucksvoll vor, wie man mit einer eigentlich exzellenten Finanzausstattung trotzdem neue Schulden macht – und das Jahr für Jahr.

Mit Ihrem Bilanztrick erreichen Sie, dass zunächst verschleiert wird, dass Sie den Haushalt der Stadt Braunschweig in den kommenden Jahren wieder in die roten Zahlen treiben werden. Wieder in die roten Zahlen, so wie Sie es bereits vor einem Jahrzehnt getan haben.

Noch im letzten Jahr haben Sie gewütet und Adalbert Wandt dafür beschimpft, dass er im Kommunalwahlkampf vor einer bunten Truppe gewarnt hat, die unseren Haushalt wieder ins Minus treiben wird. Wenn Sie heute diesem Haushalt in der vorliegenden Fassung zustimmen, haben Sie Adalbert Wandt und alle, die genauso denken eindrucksvoll bestätigt.

Wir müssen uns noch eines vergegenwärtigen: Es handelt sich hier um das Geld der Braunschweigerinnen und Braunschweiger, welches wir in ihrem Sinne einsetzen sollen. Wir fungieren als Treuhänder und es geht hierbei nicht um die Frage, wer am Besten die Wünsche in der Stadt bedient. In unseren Beratungen innerhalb der CDU-Ratsfraktion haben wir uns vielfach Gedanken darüber gemacht, an welchen Stellen wir den Haushalt eventuell zusätzlich ausdehnen wollen. Wir haben uns für wenige Anträge entschieden, weil

nicht vergessen werden darf, dass der Haushaltsentwurf schon unzählige wichtige Maßnahmen enthält, die unsere Stadt nicht nur weiter nach vorne bringen sondern auch lebens- und liebenswert erhält.

Ich danke deshalb den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie in den städtischen Gesellschaften für ihre Arbeit und Ideen bei der Erstellung des Haushaltes. In besonderem Maße danke ich vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereiches Finanzen, die nicht nur den Haushaltsentwurf aufgestellt, sondern auch innerhalb kürzester Zeit die vorliegenden Anträge eingearbeitet haben. Ein besonderer Dank geht natürlich an Finanzdezernent Ulrich Stegemann, der immer darauf hingewiesen hat, wie sehr ein über Jahre solide aufgebauter Haushalt nun durch die Beschlüsse der bunten Mehrheit in Gefahr ist. Er ist nie müde geworden, auch wenn er als „Panikmacher“ verschrien wurde. Doch die Zahlen geben ihm recht.

Das erste Mal seit dem Jahr 2002 wird die CDU-Ratsfraktion diesem Haushalt nicht zustimmen können. Wir haben uns diese Entscheidung wahrlich nicht leicht gemacht, da er in ganz vielen Punkten unsere Handschrift trägt. Aber wir sind nach langen Diskussionen zu dem Entschluss gekommen, dass wir diesen Weg, den die bunte Mehrheit eingeschlagen hat, nicht mitgehen können.

All diejenigen, die gleich diesem Haushalt zustimmen, müssen sich im Klaren darüber sein, dass sie dabei sind, mutwillig die Erfolge der letzten Jahre zu verspielen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!